

Wir haben das Territorium der DDR in strukturschwache Kreise eingeteilt und gehen regelmäßig mit Hilfe dieser Regierungskommission diese Kreise durch und versuchen, in diesen Kreisen mit einem vierten Schwerpunkt, nämlich mit einem Programm zur Bildung von mittelständischen Betrieben, was wir gestern im Ministerrat bestätigt haben und das auch noch in die Volkskammer kommt und das 500000 Arbeitsplätze schaffen soll, zu untersetzen. Das ist kurz die Gesamtkonzeption. Diese Maßnahmen werden dann durch die neue Treuhandanstalt, die neu geordnet und mit einem neuen Statut ausgerüstet ist, vor allen Dingen durchzusetzen sein in Verbindung mit unserem Ministerium und den anderen beteiligten Ministerien.

Die Frage zum Krisenmanagement will ich nur so beantworten: Wir haben ein Krisenmanagement, das geht davon aus: Wer mir also Rohre und andere Dinge vor die Haustür Unter den Linden stellt, damit haben ich ja jetzt ständig zu leben, diesen Betrieben sichern wir in erster Linie Löhne und Gehälter, und dann fordern wir von ihnen sofort ein Sanierungskonzept ab und treffen dann gemeinsam mit der Treuhandanstalt Sondermaßnahmen, die in den Komplex 3, den ich hier dargelegt habe, mit hinein gehen.

Zur Frage des Abgeordneten Domke.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höpner:

Die darf der Abgeordnete erst noch stellen, wenn er da ist. Wenn er nicht da ist, fällt die Frage nämlich weg. Das will ich wissen. Aber er ist da, er stellt die Frage. Bitte schön.

Domke (CDU/DA):

Der Abgeordnete Domke, CDU, ist anwesend. - Herr Minister Pohl, welche Vorstellungen hat die Regierung im Blick auf die Zukunft des Uranbergbaues im Süden der DDR? Einerseits besteht in der Bevölkerung im Bereich um Ronneburg und Drosen bei Schmöln, aber auch in anderen Bereichen, Bedenken im Blick auf die Umweltverträglichkeit. Außerdem ist die Uranproduktion bei uns zu teuer. Andererseits würde eine Stilllegung der Bergbaubetriebe in diesem Bereich das Ende vieler Arbeitsplätze bedeuten. Es sind also eine Reihe Probleme, die hier Zusammenkommen, und darauf hätte ich gern eine Antwort.

Dr. Pohl, Minister für Wirtschaft:

Verehrte Abgeordnete! Die Uranherstellung in der DDR basiert auf einem Abkommen aus dem Jahre 1962 zur Tätigkeit der SDAG Wismut. Dieses Abkommen hat seine Gültigkeit eigentlich bis zum Jahr 2000. Durch den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR Herrn Beloussow wurde im Dezember 1989 gegenüber der Regierung Modrow erklärt, daß die UdSSR ab 1991 ihre Uranbezüge aus der DDR und damit auch die Beteiligung an der Stützung des Abbaus einstellt. Demzufolge verhandeln wir, ausgehend von dem Regierungsbesuch von Lothar de Maizière in Moskau, seit dem 29.4. intensiv mit der sowjetischen Seite in einer Arbeitsgruppe, die wir speziell gebildet haben, über die Zukunft des Uranbergbaus in der DDR. Wir müssen allerdings davon ausgehen, daß der Uranbergbau, die Betriebskosten liegen gegenwärtig bei 220 000 D-Mark pro Tonne, der Weltmarktpreis ist hier 75 000 D-Mark pro Tonne, also im Prinzip auf Dauer so nicht zu tragen ist.

Demzufolge gibt es eine Konzeption der Regierung, die gegenwärtig mit der UdSSR verhandelt wird und die auch Gegenstand der Verhandlungen am 14. und 15. Juni sein wird, wenn ich mit Herrn Siljajew, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten, das Gespräch führen werde, daß wir nach dieser Konzeption versuchen werden, die schrittweise Einstellung der Uranproduktion ab 1991 durchzuführen bei gleichzeitigem Beginn der Liquidation, Verwahrung und Wiederurbarmachung stillgelegter bergbaulicher Anlagen und genutzter Bodenflächen.

Die bei der Liquidation anfallenden Uranmengen werden vermarktet und die Erlöse den entstehenden Aufwendungen für die Liquidation gegengerechnet.

Der Abschluß der Arbeiten an der neuen Unternehmensstrategie, einschließlich Sozialpaket und Finanzierungsmodell zur Sicherung der Folgemaßnahmen und der Ökologie, sind gegenwärtig bis 1995 angedacht und werden ca. 1 Milliarde DM kosten. Die Aufnahme der Bergbaugelände in das Programm der regionalen Wirtschaftsförderung und die Anpassungshilfe zur Unterstützung des Strukturwandels gegebenenfalls durch die Regierung bzw. durch die zukünftigen Länderregierungen werden ebenfalls ca. 1,1 Milliarde DM kosten, und zwar für Umprofilierung, Neuansiedlung von Industrien, Umschulung und Sicherung des Wiedereinsatzes des größten Teils der derzeit ca. 20 000 Bergarbeiter der SDAG Wismut.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höpner:

Danke schön. Die Fragestunde ist damit beendet. Wir haben einige Fragen nicht beantwortet. Wir haben uns im Präsidium ausnahmsweise darauf geeinigt, daß morgen noch einmal eine halbe Stunde lang dazu Gelegenheit sein soll, weil dann möglicherweise auch noch andere Ministerien vertreten sind. Die Fragen, die dann nicht beantwortet und nicht zurückgezogen sind, werden schriftlich beantwortet und den Plenarprotokollen beigefügt. Sie können also von allen gelesen werden. Sie werden nicht nur dem Abgeordneten schriftlich beantwortet, sondern dem ganzen Haus.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 5:

Beschlußempfehlung des Innenausschusses der Volkskammer zur Einsetzung eines Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS (Drucksache Nr. 27 a)

Zunächst hat der Einbringer des Innenausschusses dazu das Wort. Wer vom Innenausschuß bringt das ein? - Danke schön.

Frau Mi chalc, Berichterstatter des Innenausschusses:

Sehr verehrter Präsident! Werte Abgeordnete! Am 31. Mai 1990 haben alle Fraktionen der Volkskammer einen Antrag zur Einsetzung eines Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS gestellt. Der Innenausschuß erhielt diesen Antrag federführend überwiesen und hat eine Beschlußempfehlung erarbeitet, die Ihnen in der Drucksache Nr. 27 a vorliegt. Der Rechtsausschuß stimmt dieser Vorlage voll inhaltlich zu.

Meine Damen und Herren! Wir alle sind uns wohl einig, daß dieses Stück Geschichte unbedingt von uns aufgearbeitet werden muß und wir dazu alle Möglichkeiten zu nutzen verpflichtet sind.

Der Ministerratsbeschluß zur vollständigen Auflösung des MfS/AfNS vom 16. Mai 1990 zeigt deutlich, daß die Regierung diese Aufgabe sehr ernst nimmt. Wir als Parlamentarier können uns unserer Mitarbeit bei diesem speziellen Problem nicht entziehen, und deshalb begrüßen wir, daß ein Sonderausschuß zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS eingesetzt wird. Wir begrüßen auch, daß an dieser Kontrollaufgabe alle Fraktionen beteiligt sind, so daß es keine Veränderungsvorschläge zu Punkt 1 des Antrages gab.

In Punkt 2 schlagen wir dahingehend eine Änderung zu der ursprünglichen Fassung vor, daß der zweite Teil des letzten Satzes gestrichen wird, weil die tatsächliche Aufgabe des Sonderausschusses in der Kontrolle besteht. Es würde den Rahmen dieses Ausschusses sprengen, wenn er aus dem Beschluß des Ministerrates vom 16. Mai Aufgaben selbst wahrzunehmen hätte.

Der Punkt 3 enthält die Verpflichtung der von der Regierung eingesetzten Verantwortlichen zur Auskunftserteilung und Unterlagenbereitstellung. Wir erwarten von der Regierungskommission, daß sie dieser Verpflichtung umfassend und zügig nachkommt.